

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Fabio Reinhardt (PIRATEN)

vom 25. Juni 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Juni 2014) und **Antwort**

Transparenz landeseigener Unternehmen in Brüssel

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche landeseigenen Unternehmen betreiben gegebenenfalls vermittelt durch die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH Interessenvertretung (Lobbyarbeit) in Brüssel?

Zu 1.: Es wurde eine Abfrage bei den bedeutsamen Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin nach der sog. Positivliste des Abgeordnetenhauses – die Gegenstand von Beratungen im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling des Hauptausschusses sind (vgl. Auflistung im Beschlussprotokoll des Hauptausschusses 17/2 vom 11.1.2012, S. 19) - durchgeführt. Dies betrifft folgende Unternehmen:

- Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
- Berliner Bäder-Betriebe AöR
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe
- Berliner Verkehrsbetriebe AöR
- Berliner Wasserbetriebe AöR
- Berlinwasser Holding AG
- degewo AG
- GESOBAU AG
- Gemeinnützige Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft bmH
- Investitionsbank Berlin AöR
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin AöR
- Messe Berlin GmbH
- Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft mbH
- Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH
- Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte bmH

Zusätzlich wurde der FBB (Flughafen Berlin Brandenburg GmbH) mit einbezogen.

Der Senat ist auf die Zuarbeit der genannten Unternehmen angewiesen, nachfolgende Auskunft erfolgt auf Basis der von den Unternehmen übermittelten Informationen:

Keines der genannten Beteiligungsunternehmen verfügt über eine eigene Repräsentanz (Büro) zur politischen Interessenvertretung in Brüssel.

In keinem Fall wurde eine direkte Interessensvermittlung in Brüssel durch die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (BPWT) festgestellt. Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist als Gesellschafter an BPWT beteiligt.

Über die Aktivitäten von Branchenverbänden, in denen die Beteiligungsunternehmen durch Mitgliedschaft ggf. verbunden sind, kann keine Auskunft gegeben werden.

2. Welche Ansprüche an Transparenz gelten dabei?

3. Welche landeseigenen Unternehmen nutzen das Brüsseler Transparenzregister nicht, obwohl sie aktiv Interessenvertretung in Brüssel betreiben?

4. Welche weiteren Schritte werden gegangen, um den Ansprüchen an Transparenz (Frage 2) gerecht zu werden?

5. Findet hinsichtlich der Erreichung der Ansprüche an Transparenz (Frage 2) eine Evaluation statt?

Zu 2.-5.: Entfallen, da keine unmittelbare Interessenvertretung durch die Unternehmen erfolgt.

Berlin, den 10. Juli 2014

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Juli 2014)